



Bericht der Vorsitzenden Emine Bozkurt über den Besuch der Arbeitsgruppe in Guatemala

16. bis 20. Juli 2012

Ciudad de Guatemala und Antigua Guatemala

Einleitung:

Die Arbeitsgruppe der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Zentralamerikas, die vom 16. bis 20. Juli nach Guatemala reiste, wurde geleitet von der Abgeordneten Emine Bozkurt (S&D, NL), begleitet von den Abgeordneten Inés Ayala Sender (S&D, ES), Slavi Binev (NI, BG), José Ignacio Salafranca (PPE, ES) als ständiger Berichterstatter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EP) für das Assoziierungsabkommen, Pablo Zalba Bidegain (PPE, ES) als ständiger Berichterstatter des Ausschusses für internationalen Handel des EP für das Assoziierungsabkommen, Ricardo Cortés Lastra (S&D, ES) als Berichterstatter des Entwicklungsausschusses des EP, Agustín Díaz de Mera García (PPE, ES) und Verónica Lope Fontagné (PPE, ES).

Die Arbeitsgruppe wurde von zwei Vertretern des Sekretariats des Europäischen Parlaments (Julián Conthe und Rosa Maria Licop), dem politischen Berater der EVP-Fraktion, Pier Giuseppe Rizza, sowie einem Dolmetscherteam, bestehend aus Ada Dingemeans, Frank van den Boogaard, Denitza Bogomilova und Ivana Mladenova, unterstützt.

Wie das Besuchsprogramm (siehe Anhang) zeigt, hatte die Arbeitsgruppe während ihres Aufenthalts eine sehr umfassende Tagesordnung, die von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten bis zur sozialen Lage, den Menschenrechten und der Rechtslage in Guatemala reichte.

Der Besuch fand zu einem günstigen Zeitpunkt statt, da sich die Beziehungen zwischen der EU und Guatemala in diesem Moment in einem entscheidenden Stadium befanden. Erstens waren die ersten sechs Monate der Amtszeit von Präsident Pérez Molina gerade abgelaufen, der das Amt seit dem 14. Januar 2012 innehat; der Besuch wurde daher genutzt, um mit verschiedenen Behörden und Gruppen der Gesellschaft Guatemalas Bilanz dieses Halbjahres zu ziehen. Angesichts der Vielzahl an Initiativen, die von der Regierung Pérez Molina im ersten Halbjahr für das Land ergriffen wurden, war die Gelegenheit ideal, um die Lage mit verschiedenen Behörden und Gruppen der Gesellschaft Guatemalas zu erörtern. Zweitens fand der Besuch knapp einen Monat nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika am 29. Juni 2012 statt. Auf diese Weise konnte ein politischer Impuls für die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens im Kongress der Republik gegeben werden. Und drittens hatte der Europäische Auswärtige Dienst wenige Monate zuvor eine Botschafterin, Stella Zervoudaki, an der Spitze der Delegation der EU in Guatemala ernannt, wodurch die EU in dem Land auf einer höheren Ebene vertreten ist. Mit dem Besuch konnte so die ausgezeichnete Arbeit unterstützt werden, die die Delegation der EU in Guatemala seit vielen Jahren leistet.

Begegnungen mit der Regierung Guatemalas

1. Begegnung mit dem Präsidenten der Republik, Otto Pérez Molina

Die Arbeitsgruppe traf mit dem Präsidenten der Republik, Otto Pérez Molina, nach Ablauf der ersten sechs Monate seiner Amtszeit zusammen.

In seinen Ausführungen fasste Präsident Pérez Molina kurz zusammen, was seines Erachtens die Haupterfolge des ersten Halbjahres seiner Präsidentschaft sind. Er hob die rasche Annahme der äußerst notwendigen Steuerreform, die Ratifizierung des Römischen Statuts, die Einrichtung des Ministeriums für soziale Entwicklung als leitende Stelle für alle Sozialprogramme und die Gründung von Koordinierungsausschüssen zur Bekämpfung der Hauptstraftaten hervor. Ferner ging er auf die drei großen nationalen Pakte ein, die als Referenz zwischen der Gesellschaft und der Regierung geschlossen werden sollen: der Pakt „hambre cero“ (null Hunger) als Stütze der Begleitprogramme zur Bekämpfung der Mangelernährung, der Haushaltspakt, der die Steuerreform, Gesetze zur Förderung der Transparenz und zur Bekämpfung von Korruption einschließt sowie eine Agenda der Wettbewerbsfähigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den Pakt für Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden, mit dem die Sicherheit der Haushalte Guatemalas gewährleistet werden soll. Anschließend erläuterte er die Grundzüge der Verfassungsreform, die seine Regierung durchzuführen bestrebt ist und über die mit den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und den politischen Gruppen verhandelt wird. Abschließend brachte er seine Unzufriedenheit über die Blockade der Legislative zum Ausdruck, die einige Minderheitenfraktionen im Kongress durch die Befragung von Ministern seines Kabinetts verursachten.

Auf die anschließenden Fragen der europäischen Abgeordneten, wie die EU Guatemala am besten unterstützen könne, betonte er, die im Assoziierungsabkommen vorgesehene allmähliche Öffnung der Märkte und die Entwicklungszusammenarbeit würden in Zukunft zweifellos grundlegende Bedeutung dabei haben, die nationale Wirtschaft und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Auf die Frage nach dem sozialen Dialog und der Situation der Arbeitnehmer brachte er seine uneingeschränkte Verpflichtung zur Verbesserung der Lage durch die Investition in die menschliche Entwicklung und die Umsetzung einer umfassenden sozialen Agenda zum Ausdruck; hinsichtlich der Arbeitsbedingungen betonte er vor allem, die Unternehmen müssten soziale Verantwortung übernehmen. Zum Thema Drogen und Drogenhandel erklärte er, er werde nicht unbedingt die Freigabe illegaler Drogen vorschlagen, sondern vielmehr ihre *Legalisierung* im Rahmen der verschiedenen Möglichkeiten, die in den internationalen Foren erörtert werden. Zu Verbrechen in Zusammenhang mit dem Drogenhandel wies er darauf hin, das Problem habe seinen Ursprung in den Vereinigten Staaten und sei von dort nach Zentralamerika gelangt, mit verheerenden Folgen für die schwächsten Gesellschaften. Nach der Instabilität der politischen Parteien befragt, erklärte er, dass eine baldige Reform des Wahlgesetzes und der Parteien nötig sei. Präsident Pérez Molina dankte der EU abschließend für ihre Unterstützung der Behörden Guatemalas bei entscheidenden Schritten und Beschlüssen.

2. Begegnung mit dem Innenminister, Héctor Mauricio López Bonilla

Die Arbeitsgruppe traf mit dem Innenminister, Héctor Mauricio López Bonilla, zusammen, zuständig u. a. für die Bereiche öffentliche Sicherheit, private Sicherheitsdienste, Bekämpfung des Drogenhandels, Nachrichtendienste, Strafvollzugssystem, soziale Konflikte, Migrationsbewegungen und Agrarkonflikt.

Der Minister hob zunächst die große Herausforderung hervor, mit der sich sein Ministerium in Zusammenhang mit einer Institutionalisierung sowie einem Staatskonzept für die Sicherheit der Bürger, bei der Bekämpfung der Kriminalität und der Straffreiheit sowie der tatsächlichen Anwendung der Justiz in Guatemala konfrontiert sieht. Er nutzte die Gelegenheit, um den wichtigen Beitrag hervorzuheben, den die Staatsanwältin Claudia Paz y Paz in dieser Hinsicht leistet und der es ermöglicht, das Vertrauen der Guatemalteken zu gewinnen. Ferner verwies er auf die besonderen Anstrengungen der neuen Regierung, kreative Alternativen zum derzeitigen Drogenverbot vorzulegen. Abschließend hob er die kürzlich eingeleiteten Schritte zur Verbrechensprävention als grundlegenden Bestandteil der Verbrechensbekämpfung hervor.

Auf die Frage nach der regionalen Dimension vieler Fragen, mit denen sich sein Ministerium beschäftigt (Drogenflüsse, Waffen, Menschenhandel, Drogenhandel, Immigration usw.) versicherte er, die Zusammenarbeit mit Mexiko und den USA sei in vielen Bereichen intensiv, man arbeite mit verschiedenen Ländern am Zusammenschluss von Informationsplattformen, und die Festlegung einer

binationalen Grenzpolitik mit El Salvador sei so erfolgreich gewesen, dass die Einbeziehung von Honduras in das System geplant werde.

Auf Fragen nach den Sicherheitsbehörden antwortete er, man arbeite bewusst an der Professionalisierung der nationalen Zivilpolizei und statte sie mit mehr Beamten und Offizieren aus. Außerdem versicherte er, entsprechend dem eingeleiteten strategischen Sicherheitsplan werde die Militärpräsenz schrittweise abgebaut und die nationale Polizei erhalte besonderes Gewicht. Zu den privaten Sicherheitsunternehmen erklärte er, nach geltendem Recht sei der Innenminister für ihre Ausbildung, Kontrolle und Sanktionen zuständig. Abschließend wies er darauf hin, dass an einem Vorhaben für eine integrierte Technologieplattform gearbeitet werde, in der die Datenbanken der verschiedenen Sicherheitsbehörden und –kräfte zusammengefasst werden.

3. Begegnung mit der stellvertretenden Außenministerin, Rita Claverie

Die Arbeitsgruppe nahm an einem Essen teil, das die stellvertretende Außenministerin, Botschafterin Rita Claverie zu Ehren der Gruppe veranstaltete und an dem außerdem die stellvertretenden Ministern Carlos Raúl Morales und Iván Espinoza teilnahmen.

Botschafterin Claverie dankte für den Besuch der Arbeitsgruppe und begrüßte deren umfassende Tagesordnung. Sie betonte, Guatemala fühle sich der EU nahe, da diese das Land bei der Suche nach Frieden, Gerechtigkeit und der Stärkung seines demokratischen Systems begleitet habe. Sie hob die beträchtlichen Fortschritte hervor, die unter anderem bei der regionalen Integration, den Menschenrechten, der sozialen Entwicklung und der Eindämmung sozialer Konflikte erreicht wurden. Abschließend erklärte sie, die Regierung sei sehr daran interessiert, dass das Assoziierungsabkommen als Symbol der Nähe zwischen den beiden Regionen sobald wie möglich in Kraft trete.

4. Begegnung mit dem Wirtschaftsminister, Sergio de la Torre Gimeno, und der stellvertretenden Ministerin für Integration und Handel, María Luisa Flores

Die Arbeitsgruppe traf mit dem Wirtschaftsminister, Sergio de la Torre, zusammen, um das Assoziierungsabkommen und die Aussichten für seine Ratifizierung zu erörtern.

Der Minister zeigte sich gegenüber der Ratifizierung des Abkommens sehr optimistisch, die seines Erachtens vor Ende des Jahres erreicht werden könne, damit das Abkommen im März 2013 in Kraft trete. Er hob die Vorteile des Abkommens für beide Regionen hervor, da es einen klaren und langfristigen Rahmen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen gleichberechtigten Parteien bilde. Ferner gehe von dem Abkommen ein wichtiger Impuls für den Prozess der regionalen Integration aus, der die Entwicklung eines soliden gemeinsamen Marktes in Zentralamerika begünstige. Um hierbei Fortschritte zu

erzielen, sei ein Vorhaben für eine Zollunion mit El Salvador auf den Weg gebracht worden, das aufgrund der guten Ergebnisse nun auf den Nachbarstaat Honduras ausgeweitet werden solle.

Auf die Frage nach den Unterstützern und Gegnern des Abkommens in Guatemala erklärte er, die Unternehmen befürworteten es im Allgemeinen sehr, lediglich einige Sektoren, wie der Bananensektor, hätten gewisse Vorbehalte; diese bezögen sich jedoch auf die regionale Aufteilung der Quoten. Was die Zivilgesellschaft angeht, sei man dabei, ein Programm mit Treffen und Besuchen in den verschiedenen Bereichen auf den Weg zu bringen, um sie an dem Abkommen und dessen Vorteilen zu beteiligen.

Abschließend unterstrich er die Bedeutung der Sicherheit und der Wahrung der Menschenrechte für eine ausgewogene soziale Entwicklung, ohne die langfristig keine wirtschaftliche Entwicklung möglich sei. Er erklärte, der Handel mit der EU habe zwar lediglich einen Anteil von 5-6 % am Gesamthandel Guatemalas, doch diese Zahlen dürften keinesfalls entmutigen, sondern einen Anreiz dafür bieten, über das Assoziierungsabkommen zu erreichen, dass das Potenzial der Beziehungen zwischen den beiden Regionen voll ausgeschöpft werde.

Begegnung mit der Legislative und Vertretern der Parteien

5. Treffen im Kongress der Republik mit dessen Präsidenten, Gudy Rivera, den Vorsitzenden der größten Fraktionen und den Vorständen der Ausschüsse für Außenbeziehungen, für Wirtschaft und Außenhandel und für regionale Entwicklung

Die Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments wurde in der „Sala del Pueblo“ des Nationalkongresses von einer großen Gruppe guatemaltekischer Abgeordneter empfangen, die insgesamt vierzehn politische Parteien vertraten.

Bei dem Treffen wurden die wichtigsten Themen der politischen Agenda Guatemalas erörtert. Zum Thema Menschenrechte, an dem die europäische Delegation großes Interesse zeigte, wurde unter anderem die Ernennung des neuen Ombudsmanns für Menschenrechte, die Ratifizierung des Römischen Statuts durch Guatemala und die Einrichtung des Ministeriums für soziale Entwicklung behandelt.

Ein großer Teil der Gespräche drehte sich jedoch um das zwischen der EU und Zentralamerika unterzeichnete Assoziierungsabkommen. Die Delegationen teilten die Standpunkte zu den Aussichten für die Ratifizierung des Abkommens und sprachen sich dafür aus, die Ratifizierung so rasch wie möglich durchzuführen. Beide Seiten zeigten sich davon überzeugt, dass das Abkommen große Vorteile für beide Regionen mit sich bringen und zu einer ausgewogenen Entwicklung beider Gesellschaften führen werde. Das Abkommen müsse als Beispiel und Modell für die Annäherung zwischen Regionen dienen, sowohl im übrigen Teil Lateinamerikas als auch in anderen Regionen.

Ein weiteres Thema, das große Beachtung fand, war die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die institutionelle Krise in der EU und die möglichen Auswirkungen auf ihre Handelspartner. Die europäischen Abgeordneten versicherten, eine Fehleinschätzung, wie sie derzeit herrsche, müsse vermieden werden, und zeigten sich davon überzeugt, dass die Krise bald beigelegt werden könne.

Abschließend wurde die Blockade erörtert, die den Kongress der Republik seit vier Monaten lähmt. Der Vertreter der Partei LIDER nutzte die Gelegenheit um zu erklären, dass seine Partei sich Zeichen der Hochachtung gegenüber der Delegation des Europäischen Parlaments verpflichte, alle noch laufenden Befragungen nicht fortzusetzen.

6. Begegnung mit dem Oppositionsführer Manuel Baldizón (Partei LIDER)

Die Arbeitsgruppe traf zu einem kurzen Essen mit dem Abgeordneten Manuel Baldizón zusammen, der bei den Präsidentschaftswahlen 2011 Kandidat der Partei LIDER war und im zweiten Durchgang 46 % der Stimmen erhielt. Bei dem Essen stellten die europäischen Abgeordneten Manuel Baldizón Fragen zu den wichtigsten Themen der aktuellen Politik des Landes.

Zu den Aussichten für die Ratifizierung des Abkommens durch den Kongress der Republik machte Manuel Baldizón deutlich, er halte das Abkommen für sehr viel vorteilhafter als das zuvor mit den USA unterzeichnete (CAFTA) und versicherte, die 30 Abgeordneten, die er vertrete, würden für das Abkommen stimmen. In Hinblick auf die Strategie zur Bekämpfung des Drogenhandels und der Drogen sprach er sich gegen eine Legalisierung und für eine direkte Bekämpfung beider Phänomene aus. Zur Finanzierung der Partei wies er darauf hin, sowohl er als auch sein Team finanzierten einen Großteil ihres Wahlkampfes aus eigener Tasche; er beispielsweise befürworte Transparenz bei den Wahlkampfkosten der Parteien. Auf die Frage nach seiner Strategie für die Opposition erklärte er, viele der Befragungen von Ministern durch Abgeordnete der Partei LIDER in den letzten Monaten, durch die die Arbeit der Legislative in Guatemala blockiert wurde, seien dadurch gerechtfertigt, dass die Regierung eine Staatsverschuldung verursache, die seine Partei nicht hinnehmen könne. Solange die Ausgaben weiter stiegen, würden die Befragungen fortgesetzt.

7. Begegnung mit dem Zentralamerikanischen Parlament

Die Arbeitsgruppe traf in ihren Räumlichkeiten mit einer Gruppe von Abgeordneten des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) zusammen, der Roberto Alejos, Sonia Segura, Álvaro Colom, Rafael Espada, Edgar Dedet, Víctor Ramírez, Marvin Crespo, Walter Jacobs und Celia De León angehörten.

Die Sitzung wurde vom Sekretär des Präsidiums und Abgeordneten für Guatemala, Roberto Alejos, eröffnet. Er stellte seine Kollegen vor und betonte,

die Abgeordneten des Parlacen verfügten über umfangreiche Erfahrung mit der Gesetzgebung. Es sei versucht worden, eine enge Beziehung zwischen dem Gremium und den nationalen Parlamenten Zentralamerikas aufzubauen. Die Ausschüsse für Integration des Parlaments und die der Mitgliedstaaten seien verknüpft worden, so könnten Fortschritte auf dem Weg der Integration erzielt werden. Er dankte dem Europäischen Parlament dafür, das Parlacen tatkräftig dabei unterstützt zu haben, sich als eine der wichtigsten zentralamerikanischen Institutionen für die Integration zu behaupten.

Die europäischen Abgeordneten unterstrichen, die Beziehungen zwischen der EU und Zentralamerika seien aufgrund des vor der Ratifizierung stehenden Assoziierungsabkommens sehr gut. Sie hoben die Vorteile hervor, die das Abkommen für Zentralamerika im Hinblick auf die regionale Integration, den sozialen Zusammenhalt und die Diversifizierung der Wirtschaft haben werde. Ferner wiesen sie darauf hin, dass die Länder, die das Abkommen früher ratifizierten, auch schneller als ihre Nachbarn von den günstigen Bedingungen für den Zugang zum europäischen Markt und den der Region zugewiesenen Zollkontingenten profitieren könnten. Die Arbeitsgruppe zeigte großes Interesse an dem voraussichtlichen Zeitplan für das Ratifizierungsverfahren in Zentralamerika.

Die zentralamerikanischen Abgeordneten verwiesen auf die große institutionelle Herausforderung, die die Verwaltung und Umsetzung des Abkommens mit der EU bedeute. Für das Parlacen sei die Aufgabe der Überwachung des Abkommens durch einen interparlamentarischen Ausschuss mit der EU eine große Chance. Die Abgeordneten brachten den Wunsch des Parlacen zum Ausdruck, die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament in vielen Bereichen mit regionaler Dimension wie Handel, Wirtschaft, Sicherheit, soziale Entwicklung oder Menschenrechte zu vertiefen. Die Erfahrung der EU in anderen Bereichen, wie Roaming, Grenzfragen, „Open-sky“-Politik, Vereinheitlichung von Fahrzeugkennzeichen und Führerscheinen usw., seien für Zentralamerika ebenfalls von großem Wert.

Zur Ratifizierung des Abkommens erklärten sie, der zuständige Ausschuss des Parlacen werde nach dem Sommer eine befürwortende Stellungnahme abgeben (es sei das erste Abkommen, zu dem das Parlacen eine Stellungnahme abgeben werde), danach würden die nationalen Parlamente ihre jeweiligen Ratifizierungsverfahren einleiten. Die Abgeordneten waren im Allgemeinen der Auffassung, dass der Ratifizierungsprozess in den Staaten im Norden schneller verlaufen werde als im Süden. Im konkreten Fall Guatemalas dürfte die Ratifizierung vor der Pause im Dezember erfolgen.

Abschließend fand ein Meinungsaustausch zur politischen Krise in Paraguay statt; es wurden Parallelen zur Krise in Honduras gezogen, bei der es sehr lange gedauert habe, zur politischen Normalität zurückzukehren.

Begegnungen mit den Justizbehörden Guatemalas

8. Begegnung mit der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Thelma Aldana

Die Arbeitsgruppe traf zu einem Arbeitsabendessen mit der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs (Corte Suprema de Justicia, CSJ), Thelma Aldana, zusammen. Die Präsidentin hob die wesentliche Rolle des Gerichtshofs als wichtigstes Organ der Rechtsprechung in Guatemala hervor, insbesondere bei Entscheidungen mit erheblichen sozialen Folgen. Fortschritte seien bei der Reform und der Unabhängigkeit des Gerichtshofs und des gesamten Justizsystems in Guatemala nötig. Zu der von der derzeitigen Regierung geplanten Verfassungsreform erklärte sie, die Absicht, zur Stärkung des guatemaltekischen Staats beizutragen, sei begrüßenswert, der Gerichtshof lehne jedoch viele Teile der Reform ab, die die Gerichtsbarkeit betreffen.

In erster Linie lehne sie den Vorschlag zur Schaffung eines Hohen Rates der Judikative (Consejo Superior del Organismo Judicial), bestehend aus vier Beamten (keine Richter) ab, die direkt vom Kongress der Republik gewählt würden, da dies die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit untergraben würde. Das Plenum des Gerichtshofs habe zu diesem Punkt als Alternative die Einrichtung einer Verwaltungskammer innerhalb des Organs vorgeschlagen, die sich um Verwaltungsangelegenheiten der Justiz kümmern solle. Bedenken äußerte sie auch gegenüber der Finanzierung der Judikative, die ihres Erachtens nicht die zugesagten Mittel erhalte, um einen bereits geringen Haushalt abzusichern, auch wenn sie den Vorschlag der Regierung gutheiße, den derzeitigen Haushalt der Institution (2 % des Staatshaushalts) auf 4 % zu erhöhen. Sie hielt diese Erhöhung jedoch in jedem Fall für unzureichend, um den Bedarf des Organs zu decken.

Sie begrüßte jedoch den Vorschlag, den Artikel zur Richterlaufbahn als Instrument zur Stärkung der Judikative und deren Unabhängigkeit aufzunehmen. Darüber hinaus erklärte sie, es habe eine gewisse Annäherung in Hinblick auf die Umformulierung des Vorschlags von Präsident Pérez Molina zur Wahl der Richter des Verfassungsgerichts gegeben, die nicht nur allein vom Hohen Gerichtshof, sondern von drei seiner Vertreter, drei Vertretern des Kongresses und drei Vertretern der Anwaltskammer durchgeführt werde.

9. Begegnung mit der Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz

Die Arbeitsgruppe traf mit der Generalstaatsanwältin von Guatemala, Claudia Paz y Paz, zusammen, und erörterte mit ihr die Fortschritte, die im Land in Hinblick auf Sicherheit und Gerechtigkeit erreicht wurden.

Die Generalstaatsanwältin stellte zunächst fest, dass im Bereich der Sicherheit und Justiz Fortschritte in vielen Bereichen erreicht worden seien und die Realität in Guatemala derzeit besser aussehe als in mehreren anderen Ländern der Region. Sie zeigte sich zufrieden mit den beträchtlichen Verbesserungen, die in Hinblick auf die interinstitutionelle Koordinierung zwischen dem Innenministerium, der Staatsanwaltschaft, der nationalen Polizei und dem Nationalen Institut für Kriminaltechnik erreicht wurden. Sie zeigte sich zudem zuversichtlich im

Hinblick auf die Maßnahmen, die zur Reform der Staatsanwaltschaft, der Justiz und der Polizei geplant sind. Besorgt zeigte sie sich dagegen über das Haushaltsproblem, das für das gesamte Rechtsprechungssystem in Guatemala bestehe, auch wenn in den nächsten Haushalten eine deutliche Erhöhung der Mittel vorgesehen sei. Die Unabhängigkeit des Justizsystems des Landes müsse noch gefestigt werden, dazu werde die Einführung der Richterlaufbahn sicherlich beitragen.

Das Thema Drogenhandel bezeichnete sie als ein schwerwiegendes regionales Problem. Habe ein Land Erfolge bei seiner Bekämpfung, verlagerten sich die kriminellen Strukturen in das Nachbarland. Daher habe die Zusammenarbeit zwischen den Regionen entscheidende Bedeutung, die politische Begleitung durch die EU bei dieser Frage sei sehr wichtig.

Abschließend äußerte sie sich zufrieden, dass in den vergangenen zwei Jahren die Aufklärungsquote von 10 % auf 25 % gestiegen sei, auch wenn auf dem Gebiet der Sicherheit und Justiz in Guatemala noch viel zu tun bleibe.

10. Begegnung mit dem Beauftragten der Internationalen Kommission zur Bekämpfung der Straflosigkeit (CICIG), Francisco Dall'Anese Ruiz

Die Arbeitsgruppe traf am Sitz der Internationalen Kommission zur Bekämpfung der Straflosigkeit in Guatemala (Comisión Internacional Contra la Impunidad en Guatemala (CICIG)) mit Francisco Dall'Anese Ruiz zusammen. Die CICIG ist ein internationales Gremium, das zur Organisation der Vereinten Nationen gehört und im Jahr 2006 gegründet wurde, um zur Stärkung des Rechtssystems in Guatemala beizutragen. Mit diesem Ziel unterstützt es die Staatsanwaltschaft, die nationale Zivilpolizei und andere staatliche Institutionen bei ihren Arbeiten der Ermittlung, Strafverfolgung und Zerschlagung illegaler paralleler Gruppen und geheimer Sicherheitsapparate. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt dabei auf einer begrenzten Anzahl komplexer und besonders repräsentativer Fälle.

Francisco Dall'Anese erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, das organisierte Verbrechen und der Drogenhandel seien die Hauptfeinde des Staates Guatemala. Kriminelle Gruppen (Kartelle, kriminelle Jugendbanden (Maras) usw.) seien in der Region gut organisiert und hätten sich wegen des grausamen Krieges gegen den Drogenhandel in Mexiko in Zentralamerika niedergelassen.

Er lobte die Arbeit von Staatsanwältin Paz y Paz, die dem organisierten Verbrechen in Guatemala bei einer komplizierten persönlichen Situation mit sehr viel Mut die Stirn biete. Die Staatsanwältin stehe derzeit unter starkem Druck, da sie die Strafverfolgung ehemaliger Militärangehöriger während des Bürgerkrieges eingeleitet habe. Er unterstrich, dass dank der guten Arbeit der Staatsanwaltschaft und der Polizei in den vergangenen Jahren die Zahl der Tötungsdelikte prozentual zur Bevölkerung zurückgegangen und der Anteil der erfolgreich abgeschlossenen Ermittlungen zugenommen habe. Als Beispiel nannte er den letzten Wahlkampf, bei dem mit einer hohen Zahl an Morden gerechnet wurde; dies sei jedoch nicht der Fall gewesen, und die geschehenen Verbrechen seien rasch aufgeklärt worden.

Trotz der Fortschritte seien die Zahlen jedoch weiterhin besorgniserregend und auf politischer Ebene müsse noch viel getan werden.

Die wesentlichen Verbesserungen bei den Ermittlungsarbeiten hätten jedoch noch deutlicher gezeigt, wie stark die Korruption im Rechtssystem Guatemalas verbreitet ist. Nach erfolgreichen und eingehenden Ermittlungen gingen die Schuldigen wegen der mangelnden Effizienz der Justiz straffrei aus. Er legte anschließend eine Auflistung eindeutiger Fälle von Korruption in der Justiz vor, die in einem Bericht mit dem Titel „Jueces para la impunidad“ (Richter für die Straffreiheit) zusammengefasst werden, die die CICIG der Generalstaatsanwältin vorlegen wird, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Der von der neuen Regierung eingebrachte Vorschlag einer Verfassungsreform enthalte wichtige Aspekte, die zur Verbesserung des Justizsystems in Guatemala beitragen würden, und die Hoffnung auf eine derartige Entwicklung machten.

Zur Diskussion über die Strategien der Bekämpfung des Drogenhandels stellte er fest, die Legalisierung der Drogen sei keine Option für die CICIG, denn sie würde dazu führen, dass die Anführer des organisierten Verbrechens zu Bürgern erster Klasse und Großunternehmern würden. Es gebe jedoch viele verschiedene Strategien der Legalisierung, die eine Bekämpfung der mit Drogen verbundenen Verbrechen ermöglichen. Als Beispiel nannte er einen möglichen Plan zur kostenlose Vergabe von Drogen an Drogenabhängige, der dazu führen würde, dass die Drogenpreise fielen und die geringfügigen Delikte und die Morde aufhörten, die Diebstähle zum Kauf von Drogen zum Ziel haben. Zudem könnte so ein Verzeichnis der Drogenabhängigen erstellt werden.

Er zeigte sich besorgt über den Ausnahmezustand und die Präsenz der Armee in den Straßen. In vielen Fällen sei es jedoch die Bevölkerung selbst, die eine Anwesenheit des Militärs in den Straßen fordere. In Guatemala sei der Anteil der Bevölkerung, der die Todesstrafe befürworte, sehr hoch.

Er versicherte abschließend, die CICIG werde die Arbeit innerhalb ihrer Zuständigkeiten zielstrebig fortsetzen. Dazu gehörten die Ausarbeitung thematischer Berichte, die Vorlage von Vorschlägen zu Rechtsreformen, die Untersuchung von Verbrechen und der Kapazitätsaufbau bei den guatemaltekischen Ermittlungs- und Justizbehörden. Er bedauerte jedoch, dass die Haushaltskürzungen es ihnen nicht ermöglichten, mehr zu tun, dankte der EU jedoch für ihre kontinuierliche finanzielle Unterstützung (der letzte Beitrag im November 2011 mit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens in Höhe von vier Millionen Euro), die es der CICIG erlaubt habe, ihre Arbeit weiterzuführen.

11. Begegnung mit dem Ombudsmann für Menschenrechte, Jorge de León Duque

Die Arbeitsgruppe traf mit dem kürzlich gewählten neuen Ombudsmann für Menschenrechte, Jorge de León Duque, zusammen. Dieser erläuterte zunächst, wie er dieses Amt umgestalten möchte. Er habe die Institution in einem

katastrophalen Zustand vorgefunden, stark politisch beeinflusst und durch Korruption geprägt, mit unzureichenden Beziehungen zu internationalen Institutionen. Er habe sich in völliger Unabhängigkeit um das Amt beworben, ohne Verpflichtungen gegenüber einer Partei oder einem Wirtschaftssektor eingegangen zu sein, mit dem Ziel, Bestrebungen in der Gesellschaft Guatemalas zu vereinen und Bündnisse mit den verschiedenen zuständigen internationalen Gremien zu schließen. Er verstehe, dass die Bürger ein negatives Bild von einem Amt wie dem Ombudsmann für Menschenrechte haben, zu dessen wichtigsten Aufgaben die Untersuchung und die Anzeige von Verhaltensweisen der Behörden gehöre, die Interessen der Person verletzen; dadurch werde seine Aufgabe häufig als Verteidigung der Menschenrechte von Verbrechern wahrgenommen. Daher sei es ihm wichtig, das Amt zu stärken, es den Bürgern näherzubringen und transparenter zu machen.

Auf die Fragen der Abgeordneten erklärte er, seine Priorität als Ombudsmann bestehe darin, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger Guatemalas zu gewährleisten, in erster Linie Bildung, Ernährung und Wohnung. Er erklärte, mehr als auf konkrete Fälle der Verletzung von Menschenrechten müsse sich der Ombudsmann darauf konzentrieren, den öffentlichen und privaten Sektor hin zur Wahrung dieser Rechte zu führen. Dringend erforderlich sei eine Reform der Haftanstalten des Landes, die sich in wahre „Hochschulen des Verbrechens“ verwandelt, da dort Häftlinge, die geringfügigere Verbrechen begangen hätten, mit Mitgliedern von Banden des organisierten Verbrechens zusammenträfen. Abschließend antwortete er auf Fragen zu den indigenen Minderheiten, die seines Erachtens in allen Bereichen des öffentlichen Lebens diskriminiert würden. Er bezeichnete es jedoch als sehr positiv, dass sie zumindest unter dem Schutz des legitimen Rechts auf Konsultation stünden, dessen bindender Charakter für ihn außer Frage stehe.

Begegnung mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft

12. Begegnung mit Rosalina Tuyuc, ausgezeichnet mit dem Niwano-Preis 2012

Die Arbeitsgruppe traf mit Rosalina Tuyuc zusammen, einer indigenen Menschenrechtsaktivistin aus der ethnischen Gruppe der Kaqchikel-Maya und Gründerin der „Nationalen Koordination der Witwen Guatemalas“. Rosalina Tuyuc schilderte in ihren Ausführungen die großen Schwierigkeiten, die sie in ihrem Leben habe bewältigen müssen, nachdem ihr Vater und ihr Mann in den blutigen Jahren der Militärjunta unter Ríos Montt ermordet worden waren. Sie brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass Frauen, die Opfer des bewaffneten Konflikts und häufig auch von Vergewaltigungen wurden, weiterhin gewürdigt werden, und dass der Toten gedacht werde, die in vielen Fällen verschwunden oder in Massengräbern begraben worden seien. Sie zeigte sich unzufrieden mit der aktuellen Regierung, in die sie nach langen Jahren der Regierungen, die nichts zur Unterstützung der Opfer beigetragen hätten, große Hoffnungen gesetzt habe. Ferner brachte sie ihre Besorgnis gegenüber der Kriminalisierung der

kommunalen Führer zum Ausdruck, die vor sich gehe, sowie hinsichtlich des Fehlens einer indigenen Identität in der Entwicklung der Gesellschaft Guatemalas. Abschließend hob sie den großen Mut der Staatsanwältin Claudia Paz y Paz im Prozess gegen Militärangehörige hervor.

Auf die Frage, welche Rolle die Kirche in der von ihr vertretenen Sache spiele, antwortete sie, zu manchen Zeiten habe diese ihre Bewegung unterstützt, vor allem im Zusammenhang mit den Rechten der indigenen Völker. Zur Frage nach der Lage der indigenen Frauen in Hinblick auf Bildung erklärte sie, der Analphabetismus unter den Mädchen sei hoch, trotz der Bemühungen der letzten Jahre diesen zu senken; dies zwingt die Frauen dazu, im Haushalt zu arbeiten. Zur fehlenden Sichtbarkeit der indigenen Gemeinschaft in der Politik erklärte sie, mehr als die mangelnde Einheit dieser Gemeinschaft führe in gewisser Weise das derzeitige Wahlgesetz dazu, dass diese Mehrheit in politischer Hinsicht dazu verurteilt sei, eine Minderheit zu sein.

13. Begegnung mit Nichtregierungsorganisationen

Die Arbeitsgruppe hielt eine ausführliche Begegnung mit Vertretern der verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft Guatemalas ab: Daniel Pascual für die Bauernvereinigung „Comité de Unidad Campesina (CUC)“, Álvaro Pop als Mitglied des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für indigene Völker und in Vertretung der indigenen Organisation „Organismo Indígena para la Planificación del Desarrollo“ – Naleb, Anabella Sibirian für die niederländische Plattform gegen Straflosigkeit, Xabier Zabala für Protection International und als Vertreter der „Unidad de Defensoras y Defensores de Derechos Humanos en Guatemala“ (UDEFEQUA) sowie Carlos Enrique Mancilla für den guatemaltekischen Gewerkschaftsverband „Confederación de Unidad Sindical de Guatemala (CUSG)“.

Bei dem Treffen konnten die Organisationen ihre Standpunkte zur Lage und Entwicklung der größten Probleme des Landes mit den europäischen Abgeordneten erörtern. Dabei ging es im Einzelnen um die Zahl der Aggressionen gegen, Verfolgungen und Ermordung von Menschenrechtsaktivisten, Bauern, Angehörigen indigener Gruppen und Gewerkschaften, die jedes Jahr, vor allem in den ländlichen Regionen des Landes, zu beobachten sind. Behandelt wurde ferner das Problem der Landwirtschaft in Guatemala: 80 % der Böden sind in den Händen von 8 % der Bevölkerung konzentriert und liegen größtenteils brach. Ferner wurden die Machtstellung der Armee, die Schwäche des Staates, die hohe Quote der Straflosigkeit und die einfachen Möglichkeiten einer Umgehung des Gesetzes in Guatemala diskutiert.

Beide Seiten äußerten sich besorgt über die geringe Beteiligung der indigenen Bevölkerungsgruppen an Politik und Justiz des Landes und die zahlreichen Fälle von sozialer Ausgrenzung, denen diese Gruppen zum Opfer fallen. In Hinblick auf die Anerkennung der indigenen Gemeinschaften und deren Recht auf

Konsultation wurde erklärt, es gebe einige Schritte in die richtige Richtung, noch sei es jedoch zu früh, um Aussagen über den Umfang der Fortschritte zu machen.

In Hinblick auf die Verfassungsreform der Regierung Pérez Molina wurden Zweifel an dem Weg geäußert, den diese einschlagen wird, da er von verschiedenen Teilen der Gesellschaft stark abgelehnt wurde. Einige Aspekte der Reform und ihre allgemeine Ausrichtung wurden begrüßt; der Entwurf wurde jedoch als voreilig bezeichnet, viele Organisationen seien bereits dabei, ihre Standpunkte dazu zu Papier zu bringen.

In Hinblick auf das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika brachten einige Organisationen Zweifel über den Beitrag des Abkommens zu einer ausgewogenen Entwicklung des Landes zum Ausdruck. Die Vertreter der EU machten deutlich, die Abkommen sollten Länder bei ihrer Entwicklung begleiten; daher unterzeichne die EU keine einfachen Freihandelsabkommen, sondern umfassende Assoziierungsabkommen, die vielen der genannten Bedenken Rechnung tragen und über die Entwicklungszusammenarbeit Begleitprogramme bieten. Ferner wurde auf die Demokratieklausele verwiesen, die die EU als ein wesentliches Element in ihre Assoziierungsabkommen aufnehme. Es wurde zudem betont, dass die Vielfalt der indigenen Bevölkerungsgruppen im Abkommen anerkannt und respektiert werde. Zu den Arbeitsbedingungen wurde abschließend hervorgehoben, zahlreiche, in Lateinamerika durchgeführte Studien zeigten, dass die arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen, die europäische Unternehmen bieten, die sich in der Region ansiedeln, in der Regel deutlich vorteilhafter als die der inländischen oder asiatischen Unternehmen in dem Land seien.

14. Begegnung mit Vertretern der Wirtschaft

Die Arbeitsgruppe traf mit Vertretern der Arbeitgeberorganisationen von Guatemala zusammen, die im Unternehmerdachverband CACIF („Comité coordinador de asociaciones agrícolas, comerciales, industriales y financieras“) zusammengeschlossen sind. An dem Treffen nahmen teil: Santiago Molina als Vizepräsident des CACIF und Mitglied von CAMAGRO, Roberto Ardón als Geschäftsführer des CACIF, Francisco Menéndez (AGEXPORT), José Luis Agüero (CGC), Fernando López (CIG), Guillermo González (Handels- und Dienstleistungskammer), Carlos Amador (AGEXPORT), Fanny De Estrada (AGEXPORT), Claudia Barrios (CIG), Débora Cumes (CAMAGRO), Raúl Monterroso (Wirtschaftsprüfkammer), Manfredo Reyes (FEPYME) und Cesar Zamora (CENCIT).

In ihren Beiträgen betonten die Vertreter des Unternehmenssektors, dass sich die Wirtschaftslage in Guatemala allmählich verbessere und die Steuerreform sowie das Assoziierungsabkommen einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten. Ferner begrüßten sie die Agenda der Wettbewerbsfähigkeit, die auf den Weg gebracht wurde, die rasch positive Auswirkungen haben dürfte und zu einer deutlichen Verbesserung im Doing-Business-Index der Weltbank führen werde.

Sie begrüßten die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und erklärten, für ein kleines Land wie Guatemala mit einem beschränkten Binnenmarkt sei die Öffnung des Handels keine Option, sondern eine dringende Notwendigkeit.

Zur Verfassungsreform erklärten sie, die Regierung habe ihnen die verschiedenen Vorschläge vorgelegt, zu denen sie ihre Stellungnahme abgegeben hätten. Im Allgemeinen befürworteten sie die Durchführung einer Verfassungsreform, da die Mehrzahl der Vorschläge durch einfache Änderungen der gewöhnlichen Gesetze umgesetzt werden könnten. In jedem Fall habe der CACIF den Präsidenten bei den meisten Themen unterstützt, vor allem bei der Steuerreform.

Die Grundzüge der Steuerreform waren ebenfalls Thema der Gespräche zwischen den Unternehmern und den europäischen Abgeordneten. Mit der Reform werde eine Ermäßigung des Steuersatzes für Unternehmen und eine Anhebung des Steuersatzes für Erwerbseinkommen eingeführt, hier habe es bislang infolge der äußerst niedrigen Besteuerung von Erwerbseinkommen ein großes Ungleichgewicht gegeben. Mit der Reform der Steuerbehörde solle schrittweise ein Bewusstsein der Steuerzahler geschaffen werden, da es in Guatemala nicht schwer sei, Steuern zu hinterziehen, und lediglich 18 % der Wirtschaft Steuern zahle.

Allgemeine Besorgnis wurde gegenüber Fragen wie der Korruption, der Unsicherheit und der Menschenrechte geäußert. Zur letzten Frage wurde auf das „Foro Guatemala“ als Forum des sozialen Dialogs hingewiesen, das positive Zeichen für einen Wandel ermöglicht habe, die sich bereits in einer Verbesserung zahlreicher Indikatoren niedergeschlagen hätten. Die Unternehmer nannten drei Ziele für ihr Land, deren Verwirklichung sie für entscheidend halten: Stärkere Institutionen, eine solidarischere Nation und ein wohlhabenderes Land.

Die europäischen Vertreter machten abschließend deutlich, dass die EU bei ihren Außenbeziehungen auch in einer sehr schwierigen internen Lage stark auf Lateinamerika setze.

Besuch im rund um die Uhr tagenden Strafgericht der Stadt Antigua Guatemala

Die Arbeitsgruppe nutzte ihren Aufenthalt in Guatemala für einen Besuch beim Strafgericht der Stadt Antigua Guatemala, das dank der Zusammenarbeit mit der EU und den USA eingerichtet wurde. Von europäischer Seite wurden Finanzmittel in Höhe von 5 Mio. Quetzal als Teil des Programms zur Unterstützung der Justizreform (PRRJ) bereitgestellt, das die EU sehr erfolgreich mit Guatemala durchführt.

Das Strafgericht nahm im Jahr 2009 seine Arbeit auf und ist damit beauftragt, in friedensrichterlichen und strafrechtlichen Verfahren der Departements Sacatepéquez und Chimaltenango zu entscheiden. Es handelt sich dabei um ein Gremium der interinstitutionellen Zusammenarbeit, das 24 Stunden täglich arbeitet und über zahlreiche und hoch qualifizierte Mitarbeiter aus den Bereichen öffentliche Verteidigung, Polizei, Gerichtsmedizin, Krankenhausdienstleistungen

sowie über Friedensrichter, Verbindungsstaatsanwälte usw. verfügt. Das Projekt hat die Effizienz der Sicherheits- und Justizbehörden verbessert und damit die rasche Aufklärung von Verbrechen durch beschleunigte Untersuchungsverfahren und die Verhinderung des Verlusts von Beweisstücken erleichtert. Ferner verhindert es rechtswidrige Situationen, bei denen Häftlinge lange Zeit im Gefängnis verbringen, bevor sie vor Gericht gestellt werden.

Bei dem Besuch konnte die Arbeitsgruppe vor Ort feststellen, welche hohen Wert Projekte haben, die entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung konzipiert werden und die sich entwickeln und unabhängig und effizient arbeiten, sobald sie eingeleitet sind. Ferner konnten sich die europäischen Abgeordneten ein Bild von den Fortschritten machen, zu denen das Programm zur Unterstützung der Justizreform beim Zugang zur Justiz, der Einhaltung der in der Verfassung festgeschriebenen Garantien und Fristen und der Wahrung des Rechts eines jeden Häftlings auf einen Prozess beigetragen hat. Überdies konnte die Arbeitsgruppe bei dem Treffen die Verpflichtung der EU zu einer Stärkung der Justizbehörden in Guatemala bekräftigen und ihren Glauben an den Wandel zum Ausdruck bringen, der in dem Land auf den Gebieten Justiz und Sicherheit stattfindet.

Anlagen:

Besuch der Arbeitsgruppe in Guatemala – 17. bis 20. Juli 2012

ENDGÜLTIGES PROGRAMM
13/7/2012

Sonntag, 15. Juli 2012

Guatemala City

22:15 Ankunft der Mitarbeiter des EP am Internationalen Flughafen La Aurora

Montag, 16. Juli 2012

Guatemala City

12.00-15.00 Uhr Mitarbeitertreffen mit der EU-Delegation in Tegucigalpa
Ort: EU-Delegation

15.55 Uhr Ankunft der Mitglieder der Delegation am Internationalen Flughafen La Aurora, Ciudad de Guatemala
Transfer zum Hotel

Hotel Intercontinental
14 Calle 2-51, Zona 10, Guatemala City
Tel : +502 2413-4444
Fax: +502 24134445

19.00 Uhr **Umtrunk auf Einladung der EU-Delegation in Guatemala**
Ort: Hotel Intercontinental

Dienstag, 17. Juli 2012

Guatemala City

8.30-9.30 Uhr **Begegnung mit der Leiterin der EU-Delegation in Guatemala, Botschafterin Stella Zervoudaki, und den Botschaftern der EU-Mitgliedstaaten**
Ort: EU-Delegation, 5a. avenida 5-55 zona 14 Europlaza Torre II nivel 17

10.00-11.00 Uhr **Begegnung mit dem Präsidenten der Republik, S.E. Otto Pérez Molina**
Ort: Casa Presidencial, 6 Avenida 4-19, Zona 1

- 11.30-13.00 Uhr** **Begegnung mit Rosalina Tuyuc (Trägerin des Niwano-Preises)**
Ort: Café Casa Cervantes
- 13.30-15.00 Uhr** **Arbeitsessen mit Oppositionsführer Manuel Baldizón (Erneuerte Demokratische Freiheit, *Libertad Democrática Renovada*, LIDER)**
Ort: Casa de los Castillo Hermanos
- 15.30-16.30 Uhr** **Begegnung mit dem Innenminister, Héctor Mauricio López Bonilla**
Ort: Innenministerium. 6 Avenida 13-71, Zona 1
- 17.00-18.00 Uhr** **Begegnung mit dem kürzlich ernannten Ombudsmann für Menschenrechte, Jorge De León Duque**
Ort: EU-Delegation, 5a. avenida 5-55 zona 14 Europlaza Torre II nivel 17
- 19.30-21.30 Uhr** **Abendessen mit der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Thelma Aldana**
Ort: Restaurant Kakao. 2a Avenida 13-44, zona 10

Mittwoch, 18. Juli 2012

Guatemala City

- 9.00-10.00 Uhr** **Begegnung mit Vertretern des PARLACEN**
Ort: 12 avenida 33-04 zona 5
- 11.00-12.00 Uhr** **Begegnung mit dem Präsidenten des Kongresses der Republik Guatemala, Gudy Rivera, Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse für Außenbeziehungen, Wirtschaft und Außenhandel und regionale Integration**
Ort: Nationalkongress, 9a. avenida 9-44 zona 1
- 12.00-12.15 Uhr** **Presse-Treffen**
Ort: Sala del Pueblo, Nationalkongress 9a. Avenida 9-44 zona 1
- 12.30-14.30 Uhr** **Mittagessen**
Vorgeschlagener Ort: Restaurante Hacienda Real (5 Av 14-67 Z-10)
- 14.30 Uhr** **Abreise nach Antigua Guatemala**
- 15.30-17.30 Uhr** **Exkursion zu dem von der EU finanzierten Projekt (Justice)**
Ort: Juzgado Penal de Turno 24 horas
- 18.00 Uhr** **Rückreise nach Guatemala City**

Donnerstag, 19. Juli 2012

Guatemala City

- 8.00-10.00 Uhr Begegnung mit der Zivilgesellschaft**
Ort: EU-Delegation, 5a. avenida 5-55 zona 14 Europlaza Torre II
Teilnehmer: Alvaro Pop (NALEB), Anabela Sibrian (IMPUNITY WATCH), Carlos Enrique Mancilla Garcia (Gewerkschaftsverband CONFEDERACION DE UNIDAD SINDICAL DE GUATEMALA), Daniel Pascual (CUC), Claudia Samayoa (UDEFEGUA)
- 11.00-12.00 Uhr Begegnung mit Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz**
Ort: Büro des Generalstaatsanwalts
- 12.30-14.00 Uhr Mittagessen auf Einladung der stellvertretenden Außenministerin, Rita Claverie**
Ort: Außenministerium
- 14.00-15.00 Uhr Begegnung mit dem Wirtschaftsminister, Sergio de la Torre, und der Vizeministerin für Integration und Handel, María Luisa Flores**
Ort: Wirtschaftsministerium von Guatemala 8 Avenida 10-43, Zona 1
- 15.30-17.00 Uhr Begegnung mit dem Privatsektor**
Ort: CACIF (Comité coordinador de asociaciones agrícolas, comerciales, industriales y financieras)
- 17.30-18.30 Uhr Begegnung mit dem Leiter der Internationalen Kommission zur Bekämpfung der Straflosigkeit (CICIG), Francisco Dall'Anese Ruiz**
Ort: CICIG (Comisión Internacional Contra la Impunidad en Guatemala)

Freitag, 20. Juli 2012

Guatemala City

- 8.30-9.30 Uhr Interviews mit Guatevisión, EFE und Prensa Libre (siehe Anhänge)**
Ort: Hotel Intercontinental
- 9.30 Uhr Auschecken und Abfahrt zum Internationalen Flughafen La Aurora**
Ort: Hotel Intercontinental

**Arbeitsgruppe in Guatemala
16.-20. Juli 2012**



Emine BOZKURT,
VORSITZENDE
S&D - Niederlande



Inés
AYALA SENDER
S&D - SPANIEN



Slavi
BINEV
NI - BULGARIEN



Agustín
DÍAZ DE MERA
PPE - SPANIEN



Verónica
LOPE FONTAGNÉ
PPE - SPANIEN

Ständige Berichterstatter



José Ignacio
SALAFRANCA

Ber. AFET
PPE - SPANIEN



Pablo ZALBA
BIDEGAIN

Ber. INTA
PPE -
SPANIEN



Ricardo CORTES
LASTRA

Ber. DEVE
S&D - SPANIEN

Sekretariat der Delegation

H. Julian **CONTHE, Referent**
Fr. Rosa-Maria **LICOP CABO, Assistentin**

Fraktionen

H. Pier Giuseppe **RIZZA, Referent - PPE-Fraktion**

Dolmetscher

Fr. Ada **DINGEMANS, NL**
H. Frank **VAN DEN BOOGAARD, NL**
H. Denitza **BOGOMILOVA, BG**
H. Ivana **MLADENOVA, BG**

PRENSA LIBRE



UN PERIODISMO INDEPENDIENTE, HONRADO Y DIGNO

AÑO , No. / Q3.00 EN TODO EL PAÍS

www.prensalibre.com

GUATEMALA, SÁBADO 21 DE JULIO DE 2012

OPOSITORES EXIGEN A CC ANULAR LEY

Empresarios e indígenas se enfrentan por minería

Cacif apoya norma; MP pide reformarla **Pág. 3**

Detenido militar por desfalco en el EMP

Fiscalía síndica a Elder Aroldo Ovalle Vargas por estafa de Q240 millones.

Actualidad / 10

EN ESTA EDICIÓN



LEA HOY



ACTUALIDAD

Europeos instan a firma de acuerdo

Delegación asegura que convenio con la UE será de beneficio para el Istmo / 4



MUNDO ECONÓMICO

Promueven arribo de salvadoreños

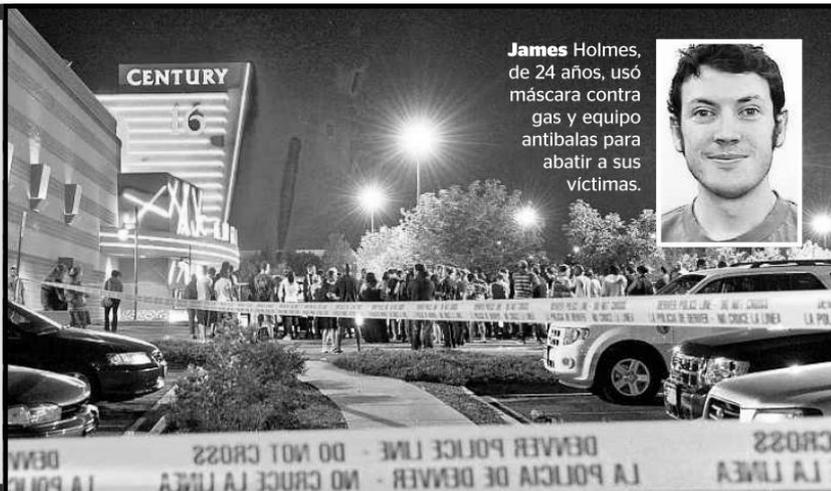
El Inguat espera la llegada de 45 mil visitantes de vecino país, en agosto / 25

TRAGEDIA

ATAQUE DEJA 12 MUERTOS

Estudiante estadounidense dispara contra multitud en un cine en Aurora, suburbio de Denver, durante el estreno de la última saga de *Batman*.

INTERNACIONAL / 34



James Holmes, de 24 años, usó máscara contra gas y equipo antibalas para abatir a sus víctimas.



Europa hofft auf Billigung des Assoziierungsabkommens

Eine Delegation aus europäischen Abgeordneten verließ gestern nach Treffen mit mehreren Gruppen das Land, bei denen sie sich ein Bild von den Erwartungen hinsichtlich des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und Zentralamerika machen wollte. Die Delegation hofft, dass die Parlamente der Region dem Abkommen „baldmöglichst“ zustimmen werden.

VON GEOVANNI CONTRERAS

„Wir unterhalten seit Jahren Kontakte zur hiesigen Gesellschaft. Ich bin davon überzeugt, dass das Assoziierungsabkommen für alle Länder sehr wichtig ist. Ich hoffe, die Länder Zentralamerikas werden es so bald wie möglich ratifizieren, damit es in Kraft treten kann“, sagte die europäische Abgeordnete Emine Bozkurt gegenüber Prensa Libre.

Die Niederländerin leitete eine Gruppe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die an mehreren Tagen u. a. mit Präsident Otto Pérez Molina, Fraktionsvorsitzenden des Kongresses, Mitgliedern der Zivilgesellschaft, Richtern und Staatsanwälten sowie Unternehmern zusammentraf, um dem Assoziierungsabkommen politische Impulse zu geben.

Emine Bozkurt, Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Zentralamerikas des Europäischen Parlaments, erklärte, die EU werde das Abkommen Mitte Oktober ratifizieren, dafür sei ein protokollarischer Akt vorgesehen.

Sie betonte, das erste zentralamerikanische Land, das das Abkommen ratifiziere, werde Vorteile aus dem Handel mit der gesamten EU ziehen. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, sagte sie.

Sicherheit im Block

Auch wenn das Abkommen nicht alle Probleme lösen könne, seien Sicherheit und Menschenrechte Fragen, die bei den Treffen mit allen Ländern wiederkehrten, so die europäische Abgeordnete. Insbesondere zur Bekämpfung der Kriminalität empfahl sie gemeinsame Maßnahmen.

„Die Bürger müssen die Möglichkeit haben, sicher zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen, ohne Gefahr zu laufen, in einem Bus getötet zu werden. Wenn Sie ausländisches Kapital und Investitionen anziehen wollen - auch die Investoren

beobachten die Sicherheitslage und die Lage der Menschenrechte“, unterstrich Bozkurt.

„Ein Land kann viel tun, aber viele Dinge kann es nicht allein schaffen“, hob sie hervor.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS ABKOMMEN

Die Delegation der europäischen Abgeordneten kam vergangenen Montag nach Guatemala, um mit verschiedenen sozialen und politischen Gruppen zusammenzutreffen.

Durch Begegnungen mit den Fraktionen des Kongresses sollte die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens unterstützt und durch Gespräche mit den Parteivorsitzenden die Blockade der Legislative aufgehoben werden.

Bei einem Treffen mit Unternehmern wurden die allgemeinen Vorteile und der Nutzen des Abkommens für den Handel erörtert.

Bei einer Zusammenkunft mit Beamten der Justizbehörden informierten sie sich über das Problem der Straflosigkeit und die Lage der Menschenrechte.

Bei Vertretern des Zentralamerikanischen Parlaments unterrichteten sie sich über die Integration Zentralamerikas.

Neben Emine Bozkurt besuchten Slavi Binev, Inés Ayala, Pablo Zalba Bidegain, Agustín Díaz de Mera García, Verónica Lope Fontagné, Ricardo Cortes und José Ignacio Salafranca Guatemala.

Abkommen EU-Mittelamerika trägt zur Stärkung der Demokratie bei

Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika soll zur Stärkung der Demokratien in dieser Region Lateinamerikas und zur Bewältigung ihrer sozialen Probleme beitragen, sagte das niederländische Mitglied des Europäischen Parlaments, Emine Bozkurt, heute in Guatemala.

Gegenüber der Agencia EFE erklärte Bozkurt, Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den Ländern Zentralamerikas, das Abkommen könne dazu beitragen, die Demokratie zu stärken und die soziale und wirtschaftliche Lage der Bürger Zentralamerikas zu verbessern.

Bozkurt leitete eine Delegation europäischer Abgeordneter, die heute einen Besuch in Guatemala beendete, mit dem politische Impuls für das Assoziierungsabkommen gegeben werden sollten, das am 29. Juni in Honduras unterzeichnet wurde.

„Es ist kein Wundermittel, mit dem alle Probleme gelöst werden können, doch es kann dazu beitragen, die soziale Lage zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und Vorteile für die Bevölkerung Zentralamerikas bringen“, sagte sie.

Politischer Dialog und Zusammenarbeit

Es handelt sich „nicht nur um ein Handelsabkommen, sondern geht weit darüber hinaus: Es geht um politischen Dialog und Zusammenarbeit. Es muss sich positiv auf die Demokratie und die Menschenrechte auswirken, es ist ein umfassendes Paket“, erläuterte sie.

Die europäische Abgeordnete erklärte, der bekannteste Teil des im vergangenen Monat unterzeichneten Abkommens sei zwar das handelspolitische Kapitel, doch für das Europäische Parlament sei der Beitrag am wichtigsten, den das Abkommen zur Demokratie und zur Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an ihrer Verwirklichung leisten könne.

„Wir beginnen mit dem Handel, doch es muss an der Verbesserung der Demokratie gearbeitet werden.

Wenn wir auf eine ausgezeichnete Demokratie (in Zentralamerika) hoffen, kann viel Zeit vergehen.

Das Abkommen muss zur Verbesserung genutzt werden“, betonte sie. Und fügte hinzu: „und es muss klar sein, dass der Handel nicht zu Lasten der anderen Bestandteile des Assoziierungsabkommens gehen darf“.

Europäer sind über Unsicherheit besorgt

Bozkurt schloss aus, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa nachteilige Folgen für die Handelsbeziehungen zu Zentralamerika haben könnte. „Europa befindet sich in einer Krise, das steht außer Frage.

Doch es gibt Länder in der EU, die eine sehr starke Wirtschaft haben, und das Assoziierungsabkommen wird viele Chancen“ für die zentralamerikanischen Unternehmen bieten.

Die europäischen Investoren seien jedoch über das Klima der Unsicherheit besorgt, das in den zentralamerikanischen Ländern herrsche, denn dies schränke die Investitionsmöglichkeiten in der Region ein.

Um mehr Investitionen anzuziehen, sei es wichtig, die Sicherheit zu verbessern. Dies gelte auch für die Bürger, die am meisten unter der unsicheren Lage litten, urteilte Bozkurt.

Mit einer Mordrate von 29 Morden je 100 000 Einwohner, die dreimal höher ist, als die Mordrate weltweit von 7,6 Morden bei gleicher Einwohneranzahl, gilt Zentralamerika als eine der gewalttätigsten Regionen der Welt.

Ratifizierung Mitte Oktober

Gewalt und Unsicherheit sind am stärksten in Guatemala, El Salvador und Honduras verbreitet, die Behörden machen dafür Jugendbanden und den Drogenhandel verantwortlich.

Laut Emine Bozkurt ratifiziert das Europäische Parlament das Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika Mitte Oktober. Daher forderte sie die Kongresse der Region auf, dies ebenfalls zu tun, damit es umgehend in Kraft treten könne.

Bei ihrem Aufenthalt in Guatemala trafen die europäischen Abgeordneten mit Präsident Otto Pérez Molina, hohen Beamten des Obersten Gerichtshofs und Abgeordneten des Kongresses sowie des Zentralamerikanischen Parlaments zusammen.